

EUROPÄISCHES PARLAMENT



SONDERAUSGABE

EUROPÄISCHER RAT
15. und 16. Dezember 2005
Brüssel

**REDE DES PRÄSIDENTEN,
HERRN JOSEP BORRELL FONTELLES
SCHLUSSFOLGERUNGEN DES VORSITZES**



03/S-2005

Generaldirektion Präsidentschaft

DE

DE

(Intranet) <http://www.europarl.ep.ec/bulletins> (Special Edition 2005)
(Internet) <http://www.europarl.eu.int/bulletins> (Special Edition 2005)

\\EPADES\PUBLIC\SOMMET\2005

REDE DES PRÄSIDENTEN

REDE DES PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOR DEM EUROPÄISCHER RAT - DEZEMBER 2005

Vielen Dank, dass Sie mich erneut zur Tagung des Europäischen Rates eingeladen haben.

Der aktuelle politische Kontext in Europa erfordert mehr denn je eine Einigung über die nächste finanzielle Vorausschau.

Ich werde Ihnen jedoch nicht Ihre wertvolle Zeit stehlen, indem ich darüber spreche, was Sie bereits zur Genüge wissen.

Ich ziehe es vor, Sie stattdessen zunächst darauf hinzuweisen, dass eine Einigung des Rates eine notwendige, aber keine ausreichende Voraussetzung ist. Erforderlich ist nämlich die Einigung der drei Organe der Europäischen Union: Rat, Kommission und Parlament.

Vielleicht würden einige von Ihnen vorziehen, dass es nicht so wäre, oder vielleicht glauben Sie, dass das Europäische Parlament dem Druck der Regierungen nachgeben und jegliche Vereinbarung akzeptieren wird, die der Rat schließlich erzielt.

Es wäre ein Irrtum, wenn Sie so handeln würden.

Das EP wünscht nachdrücklich, dass der Rat zu einer Einigung kommt.

Sie muss jedoch für das EP akzeptabel sein. Sonst wäre sie nicht sehr nützlich.

Das EP wird Ihre Vereinbarung dahingehend prüfen, wie weit sie von unserem Vorschlag entfernt ist.

Den kennen Sie bereits. Er wurde dem Rat im vergangenen Juni vorgelegt, und ich halte es nicht für notwendig, ihn erneut in Erinnerung zu rufen.

Jedoch kann ich Ihnen von Anfang an sagen, dass der vom Ratsvorsitz vorgelegte Vorschlag keinesfalls vom EP akzeptiert werden kann.

Die Fraktionsvorsitzenden haben sich darauf verständigt, ihn einstimmig abzulehnen. Das haben sie dem Präsidenten des Europäischen Rates, dem ich dafür danken möchte, dass er diesen Vormittag in Straßburg war, heute bereits mitgeteilt.

Es lässt sich vom britischen Premierminister sagen, was man will, jedoch kann man ihm nicht vorwerfen, dass er Angst hat, den Stier bei den Hörnern zu packen.

Erlauben Sie mir nun einige Überlegungen, die dazu beitragen können, eine für alle annehmbare Vereinbarung festzulegen.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Haushalt und politisches Projekt

Wie Sie sehr wohl wissen, ist ein Haushalt der zahlenmäßige Ausdruck eines politischen Projekts. Und sicherlich können einige Länder im Haushalt – ein wenig – gewinnen, jedoch im politischen Projekt der Europäischen Union – viel – verlieren.

Zusammenhalt

Eine der Säulen dieses Projekts ist die Kohäsion zwischen den Mitgliedstaaten.

Es handelt sich dabei nicht um einen großzügigen Einfall, sondern um eine im Vertrag von Maastricht verankerte Verpflichtung.

Was die neuen Mitgliedstaaten betrifft, so ist sie in den Beitrittsverträgen niedergelegt.

Die Erfahrung zeigt, dass die Kohäsion mittelfristig allen und nicht nur den begünstigten Ländern der Fonds, die diesen Namen tragen, nutzt.

Nun ist die Kohäsion aber das Hauptopfer des Vorschlags, den Sie diskutieren.

Das EP lehnte den ersten Vorschlag des Vorsitzes wegen „mangelnder Solidarität“ ab.

Der Zweite weist den gleichen Defekt auf.

Kohäsion und Kohärenz

Und nicht nur wird die Kohäsion als politisches Prinzip geopfert, auch die Kohärenz des Haushalts geht zurück, weil die zusätzlichen Mittel, die für die Kohäsion bereitgestellt werden sollen, nach willkürlichen Kriterien in Form kleiner Geschenke an verschiedene Länder verteilt werden.

So lässt sich eine Einigung gemäß dem Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners, die versucht, sehr verschiedene individuelle Interessen zu befriedigen, zu Lasten der Kohärenz des Ganzen erzielen.

Sehr geehrte Mitglieder des Rates:

Das EP ersucht Sie, die gegenüber den neuen Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtungen zu respektieren und die gleichen Regeln für alle anzuwenden.

Ansonsten kann die Erweiterung weder für die Einen noch für die Anderen die erhofften Ergebnisse bringen.

Das Europäische Parlament bittet die Länder, die bisher von der Kohäsion profitiert haben, dieses Prinzip weiterhin zu verteidigen, auch wenn jetzt andere die Begünstigten sind. Kümmern Sie sich nicht nur darum, selbst weiterhin Begünstigte zu sein.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Die übrigen Staaten müssen sich der Vorteile erinnern, die die Entwicklung der rückständigsten Länder in Form einer höheren Nachfrage und eines intensiveren Handels für sie gebracht hat.

Änderungen der Regeln

Das EP wird keine unterschiedlichen Kohäsionspolitiken für die neuen und die alten Mitgliedstaaten akzeptieren.

Wir sollten sehr vorsichtig mit den Änderungen der Regelungen sein, die der Vorsitz vorschlägt, damit die neuen Mitgliedstaaten die vorgeschlagenen Kürzungen akzeptieren.

Zum einen müssen diese Änderungen im Mitentscheidungsverfahren vom EP gebilligt werden, weshalb es nicht ausreicht, dass der Ratsvorsitz sie vorschlägt.

Und ich weise Sie darauf hin, dass das, was der Vorsitz vorschlägt, erfordert, dass 45 Legislativtexte im Mitentscheidungsverfahren gebilligt werden.

Zum anderen lassen sich die gemeinschaftlichen Maßnahmen nicht in Überweisungen nach Belieben der Staaten umwandeln. Das EP teilt die Sorge der Kommission hinsichtlich dieser Vorschläge.

Minimalistischer Haushalt und Nettosalden

Was ergibt eigentlich die Debatte, die bisher im Rat stattfand?

- Einen Abwärtstrend bei den Gesamtmitteln, was den Eindruck erweckt, dass der beste Haushalt derjenige ist, der die Ausgaben am meisten kürzt.
- Die Tatsache, dass die Nettosalden jedes Landes als einziges Kriterium betrachtet werden, um den Erfolg oder Misserfolg der Verhandlungen zu messen.

So können wir nicht weitermachen.

Niemand sieht in Ihren Diskussionen „Europa als Lösung“, es geht nur um „Europa als Problem“. Und da es anscheinend ein Problem ist, müssen seine Handlungsfähigkeit eingeschränkt und sein Haushalt gekürzt werden.

Der beste Haushalt ist jedoch nicht der geringste, sondern derjenige, der es erlaubt, die gesetzten Ziele am effizientesten zu erreichen.

An diesem Vormittag hat das EP den Haushalt 2006 einvernehmlich mit dem Rat verabschiedet.

Er sieht Mittel in Höhe von 1,09 % des BIP für 25 Länder vor.

Sie jedoch ziehen durchschnittlich Mittel in Höhe von 1,03 % für den Zeitraum 2007-2013 – für 27 Länder – in Betracht.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Halten Sie dieses Konzept für realistisch? Was Sie planen, ist also nicht die Aufrechterhaltung des Status quo, bis Sie fähig sind, tief greifende Reformen anzugehen, sondern ein echter Rückschritt.

Außerdem schlagen Sie jedes Mal, wenn Sie zusammentreffen – erinnern Sie sich an Hampton Court – vor, dass die EU neue Ziele und neue Handlungsbereiche im Rahmen ihrer internen Politikbereiche und ihrer Rolle als global player beschließt.

Das Endergebnis ist jedoch über die Rhetorik hinsichtlich der Leidenschaft des Einzelnen für Europa hinaus immer eine Verwässerung des Projekts.

Sie beschließen Vereinbarungen, die Sie in Frage stellen, wenn die Tinte noch nicht einmal trocken ist, oder gehen Verpflichtungen ein, die Sie nicht erfüllen können.

Wir können nicht weiterhin den Kontinent vergrößern und dabei den Inhalt verringern.

Das Ergebnis, ich wiederhole es, ist der Verlust des Ansehens des europäischen Projekts.

Die Logik der Nettosalen ist eine perverse Logik, die jeglichen Gemeinschaftsgeist zerstört und aus Europa etwas macht, das zu viel kostet oder nicht genug bringt.

Wundern Sie sich nicht, wenn dann passiert, was passiert...

Alle auf einmal können ihre Nettosalen nicht verbessern.

Das ist mathematisch unmöglich.

Und mit immer mehr Ländern, immer stärker divergierenden Interessen, wobei alle versuchen, ihre Beziehung zur EU rein nach zählbaren Kriterien zu verbessern, sowie mit der Einstimmigkeit als Entscheidungsnorm ist es nicht verwunderlich, dass eine Einigung immer schwieriger wird.

Noch, dass die Lösungen ein *Patchwork* nationaler Interessen sind, von einem kohärenten Projekt jedes Mal weiter entfernt.

Europäischer Mehrwert

Eine entsprechende Argumentation bedeutet, die Vorteile der Zugehörigkeit zur Europäischen Union zu vergessen: die Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen dank dem Binnenmarkt, die erhebliche Ausweitung des innergemeinschaftlichen Handels, die Rolle der EU als erste Handelsmacht weltweit...

Außerdem sollten wir, wenn wir uns schon weigern, als politische Gemeinschaft zu argumentieren, zumindest eingedenk der globalen Vorteile urteilen!

Die Haushaltsdebatte darf nicht weiter als ein Nullsummenspiel behandelt werden.

Dies kommt einer Leugnung des europäischen Mehrwerts gleich.

Wozu dient eigentlich der Haushalt der EU?

REDE DES PRÄSIDENTEN

Um Maßnahmen zu finanzieren, bezüglich derer wir glauben, dass es effizienter ist, sie gemeinsam durchzuführen, als wenn jeder sie auf Rechnung seines Landes verwirklicht.

Mit anderen Worten, um bestimmte Maßnahmen mit einem europäischen Mehrwert auszustatten.

Unter diesem Gesichtspunkt können wir nicht tagtäglich gegenüber unseren Bürgern proklamieren, dass Europa mehr und mehr erweitert werden muss, dass die negativen Folgen der Globalisierung neutralisiert werden und gemeinsame Forschungs-, Innovationspolitiken sowie weitere Maßnahmen gefördert werden müssen, und dann nicht die angemessenen Haushaltsmittel bereitstellen.

Einnahmen und Ausgaben

In jedem Fall verpflichtet die Haushaltsdebatte zwangsläufig dazu, Einnahmen und Ausgaben zu prüfen.

Einnahmen

Wie Sie wissen, hat das EP bezüglich der Einnahmen keine Befugnisse.

Hier handelt es sich um eine demokratische Anomalie, die nur aus dem besonderen historischen Aufbauprozess der EU heraus verständlich ist.

Einmal wird dieses Problem gelöst werden müssen, sicherlich jedoch nicht heute abend.

Das genau erlaubt jedoch die Kritik am EP als Organ, das bereit ist, mehr auszugeben, weil es von den Bürgern nicht die entsprechenden Steuern fordern muss.

Erlauben Sie mir diesbezüglich zwei Erwägungen:

1. Das EP war bezüglich der Aufstockung der Ausgaben, bei denen es Entscheidungsbefugnisse hat, immer gemäßiger als der RAT bei den seinen.
2. Früher oder später wird die Einnahmenpolitik der EU revidiert werden müssen, damit jedes Land einen klaren Beitrag im Verhältnis zu seinem Pro-Kopf-BIP leistet.

Das würde es erlauben, die Auswirkungen unter dem Aspekt der Umverteilung, d.h. der Kohäsion der Ausgabenpolitiken, zu beurteilen.

Und wir könnten Probleme wie die Agrarpolitik oder den so genannten „Britten-Rabatt“ gelassener und rationaler angehen.

Britten-Rabatt

Diesbezüglich hat das EP, da selbiger unter die Einnahmenpolitik fällt, keine Befugnisse und hätte wohl auch nicht viel zu sagen.

Allerdings möchte ich diesem heiklen Problem auch nicht ausweichen.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Das EP vertritt die Auffassung, dass die Revision der GAP weder der Grund noch die Voraussetzung für die unerlässliche Revision des Briten-Rabatts, der das Ergebnis radikal anderer Umstände als der heutigen ist, ist oder sein kann.

Der Grund, weshalb Änderungen bezüglich der Kürzung des Beitrags des Vereinigten Königreichs zum Haushalt der EU vorgenommen werden müssen, ist die Erweiterung und die offensichtliche Verbesserung der britischen Wirtschaftslage, wozu Herr Blair zu beglückwünschen ist.

Alle müssen zu der notwendigen Anstrengung beitragen, um die Kosten der Erweiterung zu finanzieren, bis diese Vorteile für alle erbringt, insbesondere diejenigen, die ihre großen Förderer waren.

Und da die Erweiterung ein dauerhaftes Phänomen ist, müssen auch die Änderungen bezüglich des Briten-Rabatts dauerhaft angelegt sein und nicht mittels einstweiliger und außerordentlicher Beiträge erfolgen, die die Logik des Systems nicht ändern.

Ausgaben

Gesamtmittel

Der Vorschlag, den Sie erörtern werden – und den das EP ablehnt –, ist unter ehrgeizigen Gesichtspunkten ein Vorschlag für ein „Mini-Europa“, er ist mit dem „Maxi-Europa“ unter dem Gesichtspunkt der geografischen Ausdehnung unvereinbar.

Wir können nicht immer weniger Europa für immer mehr Europäer haben.

Wie Herr BARROSO in seinem Schreiben dargelegt hat, ist dieser Haushalt nicht vereinbar mit einem modernen, dynamischen, offenen, von Zusammenhalt geprägten, nachhaltigen und fairen Europa.

Die schlussendliche Vereinbarung, die wir zwangsläufig, zunächst Sie untereinander und dann mit Kommission und Parlament, erreichen müssen, erfordert unbedingt eine erhebliche Aufstockung der Mittel zugunsten der Wachstum und Beschäftigung fördernden Komponenten.

Agrarausgaben

Auch diesbezüglich hat das EP nicht das letzte Wort, gestatten Sie mir jedoch, Sie darauf hinzuweisen, dass Sie bereits im Jahr 2002 beschlossen haben, die GAP dahingehend zu reformieren, dass die Marktausgaben bis 2013 um 10 % sinken würden. Die Auswirkungen der von Ihnen allen 2002 beschlossenen Reform der GAP sind im Haushalt schon spürbar.

Das zentrale Element dieser Reform ist die Förderung der ländlichen Entwicklung, die eben den innovativen Aspekt der Agrarpolitik darstellt.

Seltsamerweise werden im Vorschlag des Vorsitzes bei dieser Politik zur ländlichen Entwicklung jedoch erhebliche Kürzungen vorgenommen.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Vielleicht, weil bekannt ist, dass die Regierungen hinsichtlich dieser zukunftssträchtigen Politik weniger sensibel sind als hinsichtlich der Maßnahmen, die den Status quo garantieren.

Allerdings muss auch die Kritik an der GAP nuanciert vorgetragen werden. Wir müssen aufhören zu proklamieren, dass die Liberalisierung der Märkte die zweckmäßige Lösung für alle ärmeren Länder ist.

Im Vorfeld der WTO-Runde hat uns Kommissar Mandelson gerade daran erinnert. Eine weitreichende Liberalisierung wäre zweifellos vorteilhaft für große Länder wie Brasilien und Argentinien, nicht jedoch für die afrikanischen Länder, die der Union durch Präferenzabkommen verbunden sind. Opfern wir sie nicht auf dem Altar der Liberalisierung.

Halbzeitüberprüfung

Das EP kann dem Vorschlag einer Halbzeitüberprüfung der Finanziellen Vorausschau zustimmen, sofern die Revision weitreichend ist und ohne Vorbedingungen stattfindet sowie transparent und mit der erforderlichen institutionellen Zusammenarbeit vollzogen wird.

Gestern hat sich kein Abgeordneter einer solchen Revision widersetzt.

Notwendigkeit einer Einigung und mögliche Alternativen

Ich bekräftige erneut, dass das Europäische Parlament eine Einigung wünscht, allerdings nicht irgendeine.

Es wünscht keine Einigung, die möglicherweise zu interinstitutionellen Unstimmigkeiten führt, die EU ohne Finanzielle Vorausschau und gleichzeitig in einer noch gravierenderen Krise als der jetzigen beließe.

Alternativen

Gut ist jedoch, dass wir die Alternativen für den Fall kennen, dass keine Einigung über die Finanzielle Vorausschau zustande kommt.

Welches auch immer die Alternative bezüglich des Umfangs des Haushalts für 2007 sein mag, sie wird in jedem Fall höher ausfallen als die des britischen Vorschlags.

Erste Alternative: die Verlängerung der derzeitigen Finanziellen Vorausschau Jahr für Jahr, wie es in der Interinstitutionellen Vereinbarung vorgesehen ist.

Der Umfang der Verpflichtungsermächtigungen für 2007 würde sich auf ca. 1,08 % belaufen.

Zweite Alternative: Ein Haushalt für 2007.

Gemäß den Bestimmungen des Artikels 272 des Vertrags würden wir 1,11 % des BIP erreichen.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Bei solch einem jährlichen Rahmen kann das Europäische Parlament ohne Zustimmung des Rates die nichtobligatorischen Ausgaben beschließen.

Wie Sie sehen können, existieren verlockende Alternativen, die geprüft werden müssten, wünschenswert ist jedoch, dass Sie zu einer Einigung gelangen, die von allen Organen mitgetragen werden kann.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das EP sich einen Haushalt vorstellt, der folgendes ermöglicht:

- die Erfüllung der gegenüber den zehn neuen Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtungen,
- die Fortführung der struktur- und umweltpolitischen Maßnahmen,
- die Weiterentwicklung der zukunftssträchtigen Politiken, nämlich Forschung und Entwicklung und Zugang zu Wissen für alle.

Nachdem viel von ihnen die Rede war, gibt es diesbezüglich im Entwurf nichts Neues.

Mit einem Wort möchte ich abschließend sagen, dass wir entweder unsere Bestrebungen für Europa einschränken oder sie mit den notwendigen Mitteln ausstatten müssen, um sie zu verwirklichen.

Das Europäische Parlament ist ein verlässliches und konstruktives Organ. Es hat dies kürzlich gezeigt bei der Prüfung der REACH-Richtlinie und in den Verhandlungen mit Kommission und Rat (Frattini und Clarke), die es erlaubten, in Rekordzeit eine Einigung über die Richtlinie zur Datenspeicherung zu erzielen.

Die Europäische Union kann weitere Fortschritte nur erzielen, wenn wir alle zusammenarbeiten.

Vielen Dank.
